

Oktober 2019

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Was ist mit Systemwechsel?
- Alternative Schienenfahrzeuge?
- Fritz for Future
- Kriegsland Türkei
- Protest gegen AfD
- Klimapakete ist Lügenpaket

www.dkp-braunschweig.de

Transformation, Konversion, Umbau:

Was ist mit Systemwechsel?

Das Wort Transformation hat Hochkonjunktur in Zeiten der verstärkten Diskussion über die Frage, wie die Klimaziele erreicht werden können. Dass sie erreicht werden müssen, hat die IGM eindeutig bejaht, das ist gut so.

Verständlich ist aber auch, dass wir Beschäftigte in der Automobilindustrie nicht gleich in Begeisterung ausbrechen. Seit Jahren kennen wir in den Betrieben nichts anderes als die Forderung nach Veränderung: immer sollen wir uns verändern, aber nie wird etwas besser für uns. Und jetzt steht auch noch unser ganzes Produkt im Zentrum der Kritik. Da steckt schließlich unser Wissen, unsere Fertigkeiten und unsere Arbeitskraft drin. Das muss man erst mal wegstecken!

Das Rezept von VW und den anderen Herstellern ist klar. Sie wollen ihr Geschäftsmodell und ihre Profite retten: Deshalb die Förderung von E-Mobilität und Individualverkehr sowie die Forderung nach Einsatz massiver staatlicher Mittel in die Ladeinfrastruktur, Subventionen für die Batterieherstellung, Verkaufshilfen....

Sichert das nicht auch unsere Arbeitsplätze?

Vordergründig ja. Aber was ist mit dem permanenten Stellenabbau aufgrund der verringerten Fertigungstiefe bei E-Autos, den Folgen der Digitalisierung und den immer höheren Rationalisierungsvorgaben? Die Förderung einer wirklichen Verkehrswende und einer ökologischen Mobilität darf sich nicht allein an dem von der



Autolobby erzeugten Elektroauto-Hype, inzwischen ergänzt um Digitalisierung und autonomes Fahren, orientieren. Nötig ist ein gesamtgesellschaftlicher Rahmenplan für eine ökologische, soziale und sichere Mobilität. Dafür braucht es den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die „smarte“ Vernetzung bestehender Verkehrsträger mit dem Individualverkehr. Darin haben dann auch Elektro-Autos ihren Platz – aber kleine, leichte und kostengünstige Modelle. Die für große Limousinen und SUV notwendigen großen Batterien machen die Probleme beim Bau von E-Pkw noch größer.

Wer bezahlt die Klimawende, wer trägt die sozialen Lasten?

Die Förderung des „Umbaus“ der Automobilindustrie darf nicht auf Kosten der Beschäftigten geschehen. Der in der letzten Tarifrunde begonnene Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung sollte dafür auf alle Beschäftigten erweitert und um den

notwendigen Lohnausgleich ergänzt werden. Wenn staatliche Hilfen, dann für die Beschäftigten, damit sie den Umbau meistern können.

Wenn wir nicht wollen, dass unsere Interessen unter die Räder kommen, dann müssen wir uns engagieren. Die Diskussionen um Konversion müssen wieder aufgenommen und Pläne zur Unterstützung eines Umbaus erarbeitet werden. Für unsere Interessen müssen wir uns überall Gehör verschaffen, auch auf der Straße und im Betrieb.

Die #FairWandel-Kundgebung der IG Metall im Juni in Berlin kann dazu nur ein erster Auftakt gewesen sein. Wie weit das in diesem Kapitalismus möglich ist, werden wir sehen. Aber eines ist klar: Wir müssen uns auf den Weg machen!



Leserbrief:

Alternative: Schienenfahrzeuge

Zur notwendigen Diskussion welche Alternativen es zur Produktion von Automobilen denn geben könnte, erreichte uns der Brief eines ehemaligen BR-Mitgliedes von Alstom Mannheim.

Hier ein Auszug:

„Wenn die bescheidenen Klimaziele der Bundesregierung und die Ankündigung der DB (Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2030, Ausbau des Güterverkehrs) erreicht werden sollen, muss das derzeit auf Schienen rollende Material innerhalb von 10 Jahren mehr als verdoppelt werden.

Das kann keiner der drei derzeit in Deutschland produzierenden Hersteller (ALSTOM, SIEMENS, BOMBARDIER) leisten.

Im Gegenteil:

Die DB wartet beispielsweise seit mehr als 2 Jahren auf bestellte Züge von Siemens (ICE) und Bombardier (Doppelstock-ICs). Einer der Gründe dafür ist, dass der Schienenverkehr der am strengsten reglementierte/kontrollierte Industriebereich ist und ein privater Konzern im Alleingang nur mit Verzögerungen, vielen Nachbesserungen und viel Lehrgeld alle Qualifizierungen für komplette Fahrzeuge erbringen kann.

Früher gab es dafür Konsortien (z.B. ABB/Hanomag-Henschel/Siemens/Bombardier für ICEs), wo jeder Konzern ar-

beitsteilig seine Stärken und Fähigkeiten einbringen konnte.

Meine Vorstellung ist die:

Es sollte eine Verkehrstransformations-Holding gegründet werden (mit einer „VW-Mitbestimmung“), an der der Staat 51% hält, der Rest von den drei großen Schienenfahrzeugbauern und von VW, BMW, Daimler und KMUs eingebracht werden.

Diese Holding sollte das Ziel haben, das rollende Material (für Fern-, Güter- und Nahverkehre) herzustellen und die in der PKW- und LKW-Fertigung nicht mehr benötigten Beschäftigten zu übernehmen. Derzeit gibt es in der Automobilindustrie rund 800.000 und in der Schienenverkehrsindustrie rund 200.000 Beschäftigte. Da müsste doch ein Ausgleich möglich sein, wenn der Schienenverkehr verdoppelt werden soll.“

Nicht nur die Transformationsdebatte muss aufgenommen werden auch die Konversionsdebatte, die es in den 80er Jahren in der IGMetall gab, ist dringend wiederzubeleben!”

Die Reichen werden immer reicher

Das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ veröffentlichte im September die Liste der 1000 reichsten Deutschen. Man braucht ein Vermögen von mindestens 140 Millionen Euro, um dem Hochadel des Geldes anzugehören.

Nach Berechnungen von „Bilanz“ verfügen diese reichsten Deutschen samt Milliardärsfamilien über ein Gesamtvermögen von 1,2 Billionen (1200 Milliarden) Euro, was mehr als einem Drittel des deutschen BIPs entspricht.

Bei einem Steuersatz von nur drei Prozent könnte der Staat allein bei diesen Megareichen, die der Zahl nach in ein Dorf passen, 36 Milliarden Euro einnehmen. Und der Steuersatz würde mitnichten an der Substanz der Vermögen kratzen, denn der jährliche Vermögenszuwachs bei diesen Superreichen beträgt etwa vier bis sechs Prozent im Durchschnitt.

Ganz vorne steht auch der Porsche-Clan. Obwohl seit nun vier Jahren immer neue Meldungen aus dem Reich von Familienoberhaupt Wolfgang Porsche das Land erschüttern, ist das Vermögen des Clans allein im vergangenen Jahr um 3,5 Milliarden Euro gestiegen. Das sind 10 Millionen mehr - pro Tag! Der Clan steht nun auf Platz 9 in dieser Riege.



Fritz for Future

„Fragt mich doch meine Tochter, warum ich mir einen Tiguan zugelegt habe, obwohl jeder weiß, dass die Karre mehr CO2 raushaut als ein Golf“ empört sich Basti. „Bin nur froh, nicht den Touareg geleast zu haben, wahrscheinlich würde sie in den nicht mehr einsteigen.“

„Und meine Tochter fragt nach der letzten Friday-for-Future-Demo, warum wir nichts anderes bauen können als Autos.“ ergänzt Julia.

Kalle meinte, „er sei ganz froh, dass seine Enkel noch zu klein sind, sonst müsste er erklären, warum er nicht mitgehe bei der Demo, obwohl er Spätschicht habe.“

„Warum bist du denn nicht hingegangen“, habe ich ihn gefragt, „es geht ja schließ-

lich um die Zukunft deiner Enkel! Ich war da am 20. September und es war eine tolle Sache. Und wenn die Kinder und Jugendlichen rufen ‘Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut’ dann meinen die das genauso. Schon heute, nach ‘nur’ zwei trockenen Sommern sieht die Natur anders aus. Wie geht das weiter, wenn noch ein paar Sommer trocken bleiben?

“Ich geb Gas, ich will Spaß, i love my Diesel!” funkte Mario dazwischen.

“Hallo Donald,” meinte Julia.

“Warum Donald?“, fragte Mario.

“Donald Trump!., der sagt auch, Klimawandel gibt’s nicht. Genauso wie die Idioten von der AfD.” antwortet Julia.

Wir wussten natürlich, dass Mario das nicht ernst meinte. Wir wissen, dass der Verkehrssektor mit den Millionen von Verbrennungsmotoren daran einen großen Anteil hat.

Was sagen wir nun unseren “friday-for-future-Kindern”?

Wir sollten ihnen sagen, dass wir Angst ha-

ben, unsere Arbeit zu verlieren, die Wohnung, Urlaub und alles andere nicht mehr bezahlen zu können. Und dass wir uns nur schwer vorstellen können, etwas anderes als Autos zu den gleichen - ziemlich guten Arbeitsbedingungen – zu bauen.

Und dass wir Angst haben, dass sie und unsere Enkel keine lebenswerte Umwelt mehr vorfinden werden - unter anderem weil wir Millionen von Autos bauen.

Reden wir mit unseren Kindern und Enkeln über die Alternativen zu unserer Lebensweise.

Deren Meinung ist wichtiger als die der Porsches, Piechs, Klattens, Albrechts, Springers, Bertelsmanns und wie die Milliardäre alle heißen . . .

Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

Vi.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Aufschieben reicht nicht:

Kein Volkswagenstandort im Kriegsland Türkei!

VW ist mal wieder in den Negativschlagzeilen. Diesmal mit der geplanten Fabrik in der Türkei. Die EU beschwert sich, dass sie nicht in einem EU-Land gebaut wird, jetzt allgemeine Entrüstung nach dem Überfall der Türkei auf Nordsyrien und dem Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden. Der Protest ist berechtigt, denn Erdogan, der in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, wir durch die geplante Investition der Rücken gestärkt. Aber wann hat sich das Kapital je nach Menschenrechten gerichtet? Es geht dahin wo die Märkte sind, wo es aufgrund von niedrigen Lohnkosten den höchsten Profit erwartet und wo es die meisten Subventionen bekommt (von 1,3 Mrd. direkten Zuschüssen ist die Rede. In der EU wäre diese Summe nicht zulässig)

Für uns sind aber noch andere Aspekte wichtig: Die Türkei ist nicht nur ein Nied-

riglohmland, das ist Bulgarien, die andere Alternative, auch. Die Türkei beschneidet Arbeiter- und Streikrechte und verfolgt Gewerkschafter. Aber auch diese Tatsache hat VW nicht gehindert beim Aufbau ihres Werkes in Chattanooga, im Süden der USA. Völlig undiskutiert (auch von Gewerkschaftsseite?) bleibt anscheinend der Aspekt, dass hier mit 300.000 Autos neue Überkapazitäten aufgebaut werden. Es gibt durchaus Auslastungsprobleme und Leiharbeiter mussten gehen. Was passiert, wenn die E-Autos nicht der Renner werden? Das ist nicht unwahrscheinlich und wird auch von Betriebsräten unter der Hand als Befürchtung gesehen. Hinzu kommen Arbeitsplatzverluste durch die Digitalisierung und die geringere Fertigungstiefe der E-Autos! Für uns Gründe genug, diese Fabrik im Aufsichtsrat zu stoppen!



Offener Brief an die Mitglieder des Aufsichtsrates der Volkswagen AG aus Politik und Gewerkschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,
Bezug nehmend auf den Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 08. Oktober 2019, fordere ich Sie auf, der Gründung eines Volkswagenwerkes in der Türkei nicht zuzustimmen. Volkswagen würde gut daran tun, seine Standortentscheidung zu revidieren. Die Regierung von Präsident Erdogan war ja schon des öfteren wegen Korruption und Vetternwirtschaft ins Visier der Behörden in der Türkei geraten. Gelöst wurden diese Vorwürfe im Normalfall durch Austausch der Richter und Staatsanwälte. Wenn Herr Diess mit solch einem Präsidenten tatsächlich persönlich hinter verschlossenen Türen verhandelt hat, ist das nicht besonders klug, von einem Mann der im Glashaus sitzt. Zudem unterstützt Volkswagen damit tatsächlich die Kriegspolitik Ankaras. Erdogan braucht nichts dringender als wirtschaftliche Stabilität, um seine schmutzigen Kriege führen zu können. Genau dazu trägt

VW aber mit seiner Standortwahl bei. Ohne die Investitionen aus dem Ausland und hier insbesondere das viele Geld aus Deutschland, wäre der Krieg nicht mehr möglich. Mit der Entscheidung erleidet VW auch einen weiteren erheblichen Imageschaden, was die Aufsichtsratsmitglieder aus Politik und Gewerkschaft dazu bringen sollte, diese abzulehnen. Die Behauptung man würde ja den Menschen in der Türkei mit dem Werk helfen, ist genauso falsch, wie die Aussage bei Olympia 1936 wäre es um den Sport gegangen. Sie können nicht so tun, als wäre das ein ganz normaler Wirtschaftsstandort. Die internationalen Proteste gegen den Krieg zeigen, dass Volkswagen auch im eigenen Interesse nicht gut daran tut, dieses Regime zu stabilisieren. Ich fordere Sie auf, öffentlich gegen diese Standortentscheidung Stellung zu beziehen.
Mit besten Grüßen
Lars Hirsekorn

Bei anderen gelesen:

Plug-in-Hybridautos: klimaschonend und trotzdem leistungsstark?

„Ein Plug-in-Hybrid ist nur sinnvoll, wenn er vorwiegend für Kurzstrecken benutzt wird und die Batterie so oft wie möglich geladen wird. Etwa die Hälfte der momentan zugelassenen

Plug-in-Hybride wird als Dienstwagen benutzt. Wer damit täglich mehrere Hundert Kilometer auf der Autobahn zurücklegt, fährt hauptsächlich mit Benzin. Von der elektrischen Batterie kommt so kein Nutzen. In Großbritannien kam im vergangenen Jahr gar heraus, dass viele Fahrer nicht einmal ihre Ladekabel ausgepackt haben – und das, obwohl sie vom Staat Zuschüsse bekamen“ ... Einen Gewinn für die Luft in der Stadt bringe das alles nicht, sagt der BUND-Experte Jens Hilgenberg. „Wir lügen uns in die eigene Tasche, dass die CO₂-Emissionen mit Plug-in-Hybriden real gesenkt werden können.“ (aus Süddeutsche Zeitung vom 6.8.19)

EU-Emissionsgrenzwerte und der SUV-Boom

„Von Stuttgart bis Wolfsburg wissen alle Beteiligten genau, dass die Rechnung für die Modellpolitik der vergangenen Jahre spätestens 2021 auf den Tisch kommt. Denn bereits ab dem kommenden Jahr greift das Klimaregime der Europäischen Union. Und vor allem der SUV-Boom hat dazu geführt, dass alle deutschen Hersteller meilenweit von der Zielerreichung entfernt sind. Steuern die Autohersteller in den kommenden zwei Jahren nicht massiv gegen, drohen Milliardenstrafen. Blicke es bei dem heutigen Verkaufsmix, müsste die gesamte europäische Autoindustrie nach einer Studie des britischen Marktbeobachters Evercore im Jahr 2021 insgesamt 32 Milliarden Euro Strafe zahlen. Allein die Marke Volkswagen wäre mit 3,8 Milliarden Euro dabei, Daimler und BMW kämen auf jeweils 2,7 Milliarden Euro.“ (aus Handelsblatt vom 6.9.19)

**Raumfahrt der Schichtmenschen:
Vor Müdigkeit die Augen reiben
bis man Sterne sieht**

aus Bandage-Satire vom laufenden Band
© Michael Stephan Werner

AfD-Bundesparteitag in Braunschweig - Protest angekündigt

Die AfD hat angekündigt, ihren Bundesparteitag am 30.11./1.12.2019 in der Volkswagen-Halle in Braunschweig abzuhalten. Das Braunschweiger Bündnis gegen Rechts protestiert gegen die Vermietung der Halle an die rassistische und fremdenfeindliche Partei. Eine entsprechende Online-Petition haben bereits fast 20.000 Menschen unterzeichnet (Stand 16. Oktober).

In einem Aufruf des Bündnisses unter dem Appell "Stoppt die AfD" heißt es: "Wir werden mit vielen Menschen und gemeinsam mit demokratischen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen, sozialen und kulturellen Initiativen, Organisationen, Religionsgemeinschaften und Par-

teien auf die Straße gehen, um unseren Protest und unseren Widerstand gegen den Rechtsruck zum Ausdruck zu bringen." Mehr als 30 verschiedene Verbände und Organisationen haben diesen Aufruf bereits unterzeichnet.

Das Braunschweiger Bündnis hat bisher vier Kundgebungen und eine Demonstration für Samstag, den 30.11., bei der Stadt angemeldet.

Dazu erklärt der Bündnissprecher David Janzen, der bereits mehrere Morddrohungen aus der rechten Szene erhalten hat: „Mit diesem Plan sollte es uns gelingen, dass kein Teilnehmer der AfD-Veranstaltung die VW-Halle betreten kann, ohne

zu merken, dass er bzw. sie in Braunschweig nicht erwünscht ist. Eine Gesellschaft nach den Vorstellungen der AfD wird es mit uns nicht geben, wir stehen für Vielfalt, Toleranz und Solidarität – gegen Rassismus und Nationalismus.“

Weitere aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage des Bündnisses:

www.buendnisgegenrechts.net



SAMSTAG, 30. NOVEMBER 2019

AB 7.00 UHR KUNDGEBUNGEN UND PROTESTE rund um die VW-Halle
9.00 UHR AUFTAKTKUNDGEBUNG, Europaplatz
11.00 UHR GROSSDEMONSTRATION ab Europaplatz
13.00 UHR ABSCHLUSSKUNDGEBUNG auf dem Schlossplatz

Klimapakete ist Lügenpaket!

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP: „Das Klimapakete der Bundesregierung schadet den Menschen, nützt den Konzernen und nicht der Umwelt. Die Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas trifft vor allem Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose und Pendler. Eine warme Wohnung wird teurer. Die angeblichen Zugeständnisse sind Heuchelei: Die angekündigte Senkung der Strompreise wird vor allem den Konzernen zugutekommen, die Umweltzerstörer werden also noch belohnt. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist Augenwischerei, die Pauschale reicht nach wie vor nicht um die jetzt steigenden Kosten der Pendler auszugleichen. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten gilt nur für den Fernverkehr, wird nicht dazu beitragen den Personenverkehr auf die Schiene zu verlagern, dazu braucht es einen ausgebauten und kostenfreien Nahverkehr. Dieses Lügenpaket muss bekämpft werden.“

Millionärsteuer statt CO2-Steuer

Die DKP fordert:

- die nicht mehr erhobene „Vermögenssteuer“ muss als „Millionärsteuer“ für Vermögen über 1 Million Euro mit einem Satz von 2 Prozent jährlich wieder eingeführt werden
- Bei 123 Milliarden und mehr als einer Million Millionären mit einem Vermögen von geschätzt 2, 4 Billionen Euro (Stand 2017) brächte dies 48 Milliarden Euro pro Jahr
- ... für öffentliche Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen und das Klima schützen, z. B. in Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern, öffentlichen Nahverkehr oder Ladesäulen für E-Autos.

Klimaschutz geht auch sozial - zahlen soll das Kapital!

Krieg spielt man nicht!

Deutschland ist Ungleichland. 40 Prozent der Bevölkerung werden immer stärker abgehängt - egal wie sehr sie sich anstrengen. Statt den Niedriglohnsektor auszutrocknen, wird er ausgeweitet. Wir fordern: Schluss mit Leihklaverei, Hartz IV und Mini-Löhnen! Wir brauchen starke Tarifverträge, einen echten Mindestlohn, der vor Altersarmut schützt und eine Steuer auf Mega-Vermögen!

Doch statt diese drängenden Probleme anzugehen, spielen die Bundesregierung und die NATO Krieg. Im Frühjahr nächsten Jahres soll es die größte US-Truppenverlegung nach Europa seit Kriegsende geben – direkt an die russische Grenze.

Dreh und Angelpunkt für das Manöver: Deutschland. Fast 40.000 Soldaten sollen sich am Großmanöver gegen Russland beteiligen, über 20.000 aus den USA. Ein gefährliches Spiel! Das NATO-Säbelrasseln vor den Grenzen Russlands ist kein Beitrag zu Frieden und Sicherheit.

Säbelrasseln, Aufrüstung, Waffenexporte: Das braucht kein Mensch. In Zeiten des Klimawandels brauchen wir Investitionen in Bahnen, nicht Panzer. Wir müssen Konflikte diplomatisch lösen, gemeinsam handeln. Für Abrüstung, Entspannung und Diplomatie! So denkt auch die Mehrheit in Deutschland, nur handelt die Politik nicht danach.

Wir wollen eure Waffen nicht! Höchste Zeit, dass diese Groko aus CDU und SPD verschwindet.

Ahhhhhh!

Spätschicht

ich fahr grade rein,
bin schon jetzt gestresst
wo könnte noch ein
Parkplatz sein
verdammte Autopest!
Shit, wir bauen die Dinger
selbst trotzdem gibt es keinen Platz
ist das nicht absurd Kollege
bei dem Konzernumsatz . . . ?

aus Bandage-Satire vom laufenden Band
© Michael Stephan Werner

www.kommunisten.de
www.dkp.de
www.dkp-braunschweig.de